

Backbord

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Kiel

1. September 2015 - Antikriegstag

Am 1. September 1939 begann die faschistische deutsche Wehrmacht mit dem Überfall auf Polen den 2. Weltkrieg. 6 Jahre später, 1945, lag das „Tausendjährige Reich“ der Nazis endlich in Trümmern. Zig Millionen Menschen waren dem Naziterror und dem Krieg zum Opfer gefallen oder hatten im Kampf für die Befreiung der Welt von den braunen Banditen ihr Leben gegeben. „Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg!“ bleibt für uns die überragende, zu täglichem Handeln verpflichtende Losung.

„Wir stellen um auf Friedensproduktion!“

So stand es nach dem 2. Weltkrieg auf Schautafeln von Kieler Firmen, die in Staub und Dreck der zu 80 Prozent zerstörten Stadt wieder mit der Produktion begannen und zunächst ganz selbstverständlich keine U-Boote, keine Panzerschiffe, keine Stahlhelme mehr herstellten. Dies entsprach den Bedürfnissen der arbeitenden Menschen in Kiel und aller Gegner*innen des deutschen Faschismus, der leider nicht durch den Widerstand im eigenen Land besiegt werden konnte, sondern von den Truppen der Anti-Hitler-Koalition, von denen die Rote Armee bei weitem die Hauptlast des Krieges trug, niedergeschlagen werden musste. Weder die Bewohner*innen Kiels noch die anderer Städte in irgendeinem Land der Welt sollten jemals wieder einem solchen Bombenhagel ausgesetzt sein.

Die Menschen hatten damals noch eine ganz andere Dimension von Bombenterror vor Augen: die Atombomben, die am Ende des Krieges über Hiroshima und Nagasaki niedergegangen waren. Das ist jetzt 70 Jahre her. Auch die atomare Bedrohung besteht weiter;

Militärs in vielen imperialistischen Ländern haben Pläne, wie auch mit angeblich beherrschbaren Atomwaffen ein Krieg geführt und gewonnen werden könnte.

„Wir stellen um auf Friedensproduktion“ – dafür ist heute keine Unternehmensleitung mehr zu haben, die an der Hochrüstung verdient. Und keine Regierung, die den Unternehmen politisch den Weg freimacht. Das müssen die arbeitenden Menschen wohl selbst in die Hand nehmen...



„Wir wollen für den Frieden arbeiten“

Ganz in diesem Sinne, getreu dem Vermächtnis der Opfer und der Überlebenden der Nazi-Verbrechen, haben Genoss*innen der Deutschen Kommunistischen Partei im Zuge der Demonstration gegen die Kieler Kriegskonferenz im Juni 2015 auch auf einem Transparent deutlich gemacht,

worin Kommunistinnen und Kommunisten in Deutschland eine ihrer wichtigsten Aufgaben sehen: Der deutschen Regierung und den deutschen und in Deutschland agierenden Konzernen das neuerliche, längst wieder florierende Geschäft mit dem Tod zu verderben.

„Rüstungskonversion statt Kriegsvorbereitung“

So wird es auf dem Transparent gefordert. Dies, endlich in der BRD umgesetzt, wäre ein wirkungsvoller Beitrag zur Herstellung friedlicherer Verhältnisse in der Welt. Denn Deutschland ist einer der bedeutendsten Exporteure von Waffen und Kriegsgerät in alle Welt; die widerwärtigsten Diktaturen (z.B. Saudi-Arabien!) werden beliefert, wenn sie sich nur als stabile, verlässliche Partner bei der Bedienung deutscher Wirtschafts- und Großmachtinteressen erweisen. Die BRD ist mit Soldaten und / oder der Bereitstellung von Logistik an zahlreichen

Kriegen beteiligt und unterhält Truppen in aller Welt. Sie unterstützt die bündnispolitische und militärische Einkreisung des kapitalistischen Konkurrenten Russland im Rahmen der NATO und arbeitet dabei in der Ukraine mit bekennenden Faschisten zusammen. Sie ist mitverantwortlich für die Zerstörung von Staaten wie Jugoslawien, Irak, Libyen und Syrien. Sie ist mitverantwortlich dafür, dass Menschen vor Hunger, Zerstörung, Not und Elend ihre Heimatländer verlassen müssen und sich auf den Weg nach (West-)Europa machen.



Am 23. Juni fand in Kiel eine Demonstration gegen die „Kiel Conference“ statt, die von der Bundeswehr und dem Institut für Sicherheitspolitik an der Kieler Uni organisiert wurde. Sie soll als Pendant zur Münchener Sicherheitskonferenz zukünftig jedes Jahr während der Kieler Woche Konzepte für den Seekrieg entwickeln. Die DKP wird sich wie in diesem Jahr auch zukünftig tatkräftig an den Protesten dagegen beteiligen – keine Kriegskonferenz in Kiel!

Zehntausende verlieren dabei ihr bis dahin mühsam gerettetes Leben, ertrinken im Meer. Auch dabei „hilft“ das deutsche Militär. Denn wenn deutsche Kriegsschiffe wie die Fregatte „Schleswig-Holstein“ und der Tender „Werra“ auch immer mal wieder Flüchtlinge aus dem Meer retten und nicht ertrinken lassen, sollen sie doch hauptsächlich dem Einsatz gegen „Schleuser“ dienen, deren Boote zerstört werden sollen. Das Versenken von Schleuserschiffen soll Seenotrettung überflüssig machen, indem man die verzweifelten Menschen jenseits des Mittelmeers verderben lässt. Militäreinsätze auch in fremden Hoheitsgewässern und Operationen an Land werden ausdrücklich vorbehalten.

Und in Deutschland brennen wieder Flüchtlingsheime, marschieren Neonazis mit Brandsätzen und Baseballschlägern auf, unterstützt von einer nicht zuletzt von verantwortlichen Politikern und vielen Medien aufgehetzten „besorgten Bürgern“.

Unsere Losung bleibt: Wir sehen hin, wir greifen ein – wer einen von uns angreift, greift uns alle an! Man sieht: Friedenskampf und Widerstand gegen Faschisten und Rassisten aller Art gehören untrennbar zusammen.



„Jule und Jörg“ - Szenen am Frühstückstisch

Antikriegstag: Drohnen und Säbelrasseln

Gestern beim Frühstück hat die Zeitung eine Nachricht aus dem Sommerloch:

„USA wieder erfolgreicher Luftschlag gegen Terroristen im Irak gelungen – Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen will für Deutschland auch bewaffnete Drohnen anschaffen und sich vorerst schon mal mit 210 Mio. € beteiligen.“

Jule: *„Weißt du noch Jörg, der Spruch von Oma aus den 80ern - Stell dir vor es ist Krieg und keiner geht hin? - dass das noch mal so umgesetzt werden würde, hätte ich nicht gedacht.“*

Jörg: *„Meinst du die Drohneneinsätze von Obamacare gegen die IS-Terroristen?“*

Jule: *„Nicht nur der – auch Flinten-Uschi will nun Drohnen haben, nachdem die Kosten für die Behandlung posttraumatischer Belastungen unserer Soldaten, die im Auslandseinsatz waren, den Verteidigungshaushalt sprengen.“*

Jörg: *„Mensch Jule, die sind doch höllisch teuer, ich les' hier grade: „Steuergelder im dreistelligen Millionenbereich bereitgestellt.“*

Jule: *„Nützt ja nix – wenn die Klimaerwärmung schon unser G36 Sturmgewehr gefechtsunfähig macht...“*

Jörg: *„...sollte man vielleicht unser Geld für sinnvollere Sachen ausgeben.“*

Jule: *„Meinst du für Drohnen?“*

Jörg: *„Nee, ich mein eher für Schulen, gerechte Bezahlung der Erzieherinnen und Erzieher, die Pflege und anständige und bezahlbare Wohnungen für die Menschen in unserem Land, die die hier wohnen und arbeiten und die, die hier Schutz vor Krieg und Elend suchen.“*

Könnte langfristig nachhaltiger sein, oder?“

Redebeitrag der DKP auf der Demonstration gegen die „Kiel Conference“, 23. Juni 2015

In Kiel beginnt der Krieg. Heute durch die Kiel Konferenz. Doch auch jeden Tag in der Kieler Rüstungsproduktion.

Ob nun TKMS auch HDW genannt, Thales, Rheinmetall Landsysteme oder die gerade für Rüstungsaufträge umbenannte Werft German Naval Yards ehemals Abu Dabi Mar Kiel.

Dazu kommen Zulieferer dieser Konzerne. In Kiel sind also jede Menge Kolleg*innen in der Kriegsproduktion beschäftigt.

Gleichzeitig ist Kiel auch das zu Hause für einen Rüstungslobbyisten par excellence: Hans Peter Bartels, SPDler und deren Verteidigungspolitischer Sprecher, sorgt dafür, dass Thyssen, Rheinmetall und Co. auch weiter kräftig Profite machen können. Jedes Gerede von der Begrenzung von Rüstungsexporten ist bei ihm nur eins: verlogen ohne Ende! Auch an der Aufrüstung der Bundesrepublik wird ordentlich mitverdient. Die Aufträge sichern sich die Konzerne auch auf der heute stattfindenden Kiel Conference. Netterweise sind dort gleich alle kriegstreibenden Institutionen vertreten

und sprechen sich gleich für die nächsten mörderischen Kriegseinsätze ab. Diesmal mal wieder Richtung Osten.



„Kieler Nachrichten“

Den militaristischen Think-Tank spielt das ISPK mit seinem Direktor Joachim Krause, der unter anderem Broschüren zur Aufstandsbekämpfung mit herausgibt.

Krause geht der Kriegskurs der Bundesregierung nicht weit genug. Er meint, der „Gefährdung der europäischen Ordnung durch Russland“ müsse begegnet werden. Krause kritisiert die „übergroße Vorsicht, die deutsche Politiker beim Umgang mit militärischen Instrumenten walten lassen“. Er findet, Deutschland könne „in dieser schwierigen Zeit eine Führungsrolle übernehmen“, und: „De-Eskalation ist dabei nur eine Übergangsstrategie.“



Schließlich: „Mit einem feindlich gesinnten Russland zu leben, ist keine Katastrophe.“ NATO und EU („die beiden Grundpfeiler der internationale Ordnung“) seien zu stärken, Abschreckung und damit notwendigerweise Hochrüstung die gebotenen Mittel.

Außerdem verglich Krause die Haltung der NATO mit der Appeasement-Politik der West-Alliierten gegenüber Hitler beim Münchner Abkommen. Soviel zur Dämonisierung des Gegners.

Wie nun aber den Krauses, Bartels und den Konzernen – z.B. Thyssen, den Kampf ansagen?

Wir sind der festen Überzeugung, dass wir nur mit den Kolleg*innen, die in diesem Bereich arbeiten, zusammen diese und andere Kriegstreiber bekämpfen können. Denn auch sie haben kein Interesse an Krieg und Zerstörung. Gleichzeitig sind sie es, die praktisch die Kriegsproduktion verhindern können. Ohne ihre Arbeitskraft sind die Rüstungskonzerne nichts. Deshalb hilft kein moralisches Empören über diejenigen, die in den Waffenschmieden des deutschen Kapitals täglich arbeiten. Wenn sie die Frage stellen, was und wie produziert wird, und es nicht mehr länger den Konzernchefs überlassen, gelingt es, das Kräfteverhältnis zu ändern. Deswegen sind wir der Überzeugung, dass es notwendig ist, die Debatten um Konversion in den Gewerkschaften wieder voran zu treiben und sie auch praktisch werden zu lassen.

Wir als Kommunist*innen stellen uns nicht gegen die Kolleg*innen, die in Rüstungsfirmen arbeiten. Wir stehen an ihrer Seite, sind in derselben

Gewerkschaft organisiert. Wir wollen mit ihnen für eine Umstellung auf sinnvolle, dem Frieden dienende Produktion kämpfen. Die Forderung nach Konversion ist gerade in den Gewerkschaften in Kiel von großer Bedeutung.



Gleichzeitig müssen wir klarmachen, dass die deutsche Aggression nach außen durch die Profitinteressen von Banken und Konzernen vorangetrieben wird. Wie Liebknecht sagte: „Der Hauptfeind steht im eigenen Land“ und heute sind es eben immer noch Konzerne wie Thyssen, Daimler und die Deutsche Bank.

Die DKP Kiel fordert:

- Abrüstung und Rüstungskonversion !
- Stoppt den weltweiten Einsatz von Bundeswehr und Kriegsmarine!
- Runter mit dem „Verteidigungs“-Haushalt, der ein Kriegsetat ist!
- Stattdessen mehr Geld für Bildung und Soziales! Kriegskonferenz in Kiel versenken!

Alle Fotos von der Demonstration gegen die Kiel Conference: Ulf Stephan, Kieler Arbeiterfotografen

Der Winterabschiebestopp für Flüchtlinge muss bleiben!

Bleiberecht für alle Flüchtlinge – kein Mensch ist illegal!

Am 1. September 2015 tritt die Landesregierung zu ihrer ersten Sitzung nach der Sommerpause zusammen. Sie wird dann über den Vorschlag des Innenministers Stefan Studt beraten, der den Winterabschiebestopp für Flüchtlinge aufheben will.

Dies ist ein schäbiges Vorhaben. Die jüngsten Äußerungen des Ministerpräsidenten Torsten Albig und des SPD-Fraktionschefs Ralf Stegner lassen befürchten, dass sie sich dafür aussprechen werden. Die Aufhebung dieses begrenzten Abschiebestopps wäre schäbig, weil sie Menschen in Kälte und Not schickt; sie wäre – und schon die öffentlich geäußerte Überlegung ist – schäbig, weil dieser Abschiebestopp zuletzt nur ein Prozent der Flüchtlinge

betroffen hat (76 Menschen im letzten Winter). So wäre diese Maßnahme einfach ein billiges ermutigendes Signal an den braunen Mob im Land. Sie wäre ein Einknicken vor dem Druck reaktionärer Kräfte, die diese Regelung, mit der sich Schleswig-Holstein bisher positiv von anderen Bundesländern abgehoben hat, schon lange beseitigen wollen.

Das sogenannte „Problem“ der großen Flüchtlingszahl – in den Medien wird wie in den Pogromjahren Anfang der 1990er Jahre wieder von „Strömen“, „Wellen“ und „Fluten“ gesprochen, dementsprechend brennen schon wieder Flüchtlingsunterkünfte – wird damit in keiner Weise gelöst.



Wir fordern demgegenüber nicht die Einschränkung solch humanitärer Maßnahmen, sondern ihre Ausweitung: Einen generellen Abschiebestopp! Kein Mensch ist illegal – Bleiberecht für alle Flüchtlinge!



Wir verurteilen außerdem die Benennung von immer mehr Staaten als „sichere Herkunftsländer“. Sie führt zurzeit vor allem dazu, dass ausgerechnet Roma und ihre Familien aus den Balkanländern zurückgeschoben werden. Sie sind geflohen vor Not, Verfolgung und Terror. Wir wollen, dass sie bleiben und geschützt werden!

Dass besonders die Kommunen mit der Aufgabe, Flüchtlinge aufzunehmen, unterzubringen und zu schützen – also die allseits verkündete „Willkommenskultur“ und „Weltoffenheit“ zu leben – weitgehend allein gelassen werden, ist politisches Kalkül. Es ist sachlich nicht zu begründen in einem der

reichsten Staaten der Welt, der Geld im Überfluss für die Militarisierung der Gesellschaft und die Beteiligung an Kriegseinsätzen in aller Welt zur Verfügung stellt und damit erst die Ursachen schafft, die Menschen aus ihren Mutterländern fliehen lässt.

Dass Menschen in unserer Gesellschaft nur dann etwas zählen, wenn sich aus ihrer Arbeitskraft Profit schlagen lässt – das dürfen dann auch mal Flüchtlinge sein, wie die aktuellen Überlegungen von Politikern selbst der FDP und der CDU zeigen – ist in der Logik kapitalistischen Wirtschaftens begründet. Die DKP kämpft dafür, sie zu durchbrechen und zu überwinden, eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen.

Die Verschärfung des Tons gegenüber Flüchtlingen, die lautstark vorgetragene Forderungen, Menschen in gute und schlechte, chancenlose Asylbewerber*innen zu unterscheiden und die „schlechten“ möglichst schnell auszusondern, lassen befürchten, dass es auch in Schleswig-Holstein und Kiel zu heftigeren Angriffen auf Flüchtlinge kommt als bisher. Hier sind alle Demokrat*innen, alle Gegner*innen faschistischer Gewalt, alle Menschen, die bisher schon tätige Solidarität mit Flüchtlingen gezeigt haben, gefordert, wachsam zu sein und den Schutz der bedrohten Menschen zu organisieren.

Wir sehen hin - wir greifen ein - wer einen von uns angreift, greift uns alle an!

Kie



wieder

Kontakt DKP Kiel:
www.dkp-kiel.de
info@dkp-kiel.de
Nächstes Treffen:
16.09.2015
19 Uhr
Johannesstraße 1
24114 Kiel

Wien

